

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Regionalvorstandes der Planungsgemeinschaft Westpfalz**  
**am 21.04.2021 in Kaiserslautern**

Beginn der Sitzung: 09:00 Uhr

Ende der Sitzung: 10:30 Uhr

**Teilnehmer** (Präsenz Kreisverwaltung Kaiserslautern):

LR Ralf Leßmeister, Vorsitzender

OB Dr. Klaus Weichel

Michael Schaum, IHK

Dr. Hans-Günther Clev (Geschäftsstelle PGW)

Simon Frenger (Geschäftsstelle PGW)

**Teilnehmer (Online):**

LR'in Dr. Susanne Ganster

OB Markus Zwick

OB Dr. Marold Wosnitza

LR Rainer Guth

LR Otto Rubly

Bgm. Michael Cullmann

Bgm. Dr. Peter Degenhardt

Bgm. Rudolf Jacob

Bgm. Christoph Lothschütz

Helge Schwab

Bgm'in. Silvia Seebach

Dieter Siegfried

Bgm. Harald Westrich

Bernd Bauerfeld, HWK

Dieter Feldner, LWK

Thomas Spriess (i.V. von Herrn Karl-Heinz Klein), Naturschutzverbände RLP

**Vertreter der Landesplanungsbehörden:**

--- entschuldigt

**Geschäftsstelle der Planungsgemeinschaft Westpfalz:**

Christine Berberich

Stefan Germer (Admin)

Die **Öffentlichkeit** ist nicht vertreten.

**TOP 1 Regularien**

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung mit dem Hinweis auf das in der Sitzung gewählte Hybridformat (Teilnahmemöglichkeit im Sitzungssaal der Kreisverwaltung Kaiserslautern oder online) sowie der Feststellung der form- und fristgerechten Einladung (**Top 1.1**) und stellt sodann die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest (**TOP 1.2**). Anträge zum Protokoll der Sitzung vom 30.09.2020, welches als Anlage zu den Sitzungsunterlagen im Entwurf mitversandt wurde, erfolgen nicht; dem Protokoll wird zugestimmt (**TOP 1.3**). Zur vorgeschlagenen Tagesordnung gibt es keine Anträge; diese wird daraufhin beschlossen (**TOP 1.4**).

**TOP 2 Bericht des Vorsitzenden**

**TOP 2.1 Bericht des Vorsitzenden über die Ergebnisse der Prüfung der PGW durch den Rechnungshof Rheinland-Pfalz im Herbst 2020**

**TOP 2.1 Resultierende Konsequenzen und bisher eingeleitete Schritte (mündl. Bericht)**

Der **Vorsitzende** verweist inhaltlich auf den Ergebnisbericht des Rechnungshofes Rheinland-Pfalz, welcher den Sitzungsunterlagen als Anlage beigefügt war und skizziert die wesentlichen Inhalte, wonach die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Planungsgemeinschaft Westpfalz im Herbst 2020 durchgeführt wurde und deren Ergebnis mit Schreiben vom 27. Mai 2021 mitgeteilt wurde. Demnach ergingen insbesondere folgende Feststellungen:

Die bislang grundsätzlich gegebene Möglichkeit von Aufwandsentschädigungen ist laut Rechnungshof unüblich. Aufgrund dessen schlägt der Vorsitzende eine entsprechende Änderung der Hauptsatzung vor, im Hinblick auf eine Korrektur im Aspekt der Aufwandsentschädigungen. Wortmeldungen hierzu erfolgten keine.

Weiterhin führt er aus, dass laut Rechnungshof Rheinland-Pfalz die Höhe der pauschalen Zuwendungen durch das Land an die Planungsgemeinschaft den tatsächlichen Verwaltungsaufwand nicht decke. Infolge der zu geringen Zuwendungen entstehe eine Unterdeckung von durchschnittlich 35.000 €, woraus letztlich eine vergleichsweise hohe Umlage resultiere, so der Vorsitzende. Mit Schreiben vom 03. Februar 2021 hatte sich der Vorsitzende daher an die SGD Süd gewandt und über die entsprechende Feststellung des Rechnungshofes informiert. Mit Antwortschreiben vom 17.02.2021 durch den Präsidenten der SGD Süd, Herrn Prof. Dr. Hannes Kopf, wurde um Mitteilung einer detaillierten Aufschlüsselung der tatsächlich angefallenen Verwaltungskosten bei der Planungsgemeinschaft gebeten. Die Zusammenstellung der angefallenen Verwaltungskosten wurde der SGD Süd per Schreiben im März 2021 mitgeteilt. Eine diesbezügliche Rückmeldung stehe noch aus. Das Ziel bestehe darin, den Fehlbedarf in Höhe von 30.400 € für 2021 hälftig auf die Jahre 2022/23 aufzuteilen und dementsprechend die Umlagen der Mitglieder zu senken.

Der **leitende Planer** erläutert ergänzend das Einsparpotential dahingehend, dass eine Absenkung der Umlage von derzeit 22 Cent auf 14 Cent vorgesehen sei, wenn das Land im Zuge des Doppelhaushalts 2022/23 den geltend gemachten Fehlbedarf zahle. Die Beiträge sollen in diesem Zuge ebenfalls systematisch abgesenkt werden.

Der **Vorsitzende** teilte hierzu weiter mit, über die weiteren Ergebnisse entsprechend zu berichten.

Die Frage von Herrn Spriess, warum die PGW im Regionsvergleich bei den Umlagen an der Spitze liege, beantwortet der **Vorsitzende** mit Verweis auf die drei wesentlichen Prüfbemerkungen des Rechnungshofes, aus welchen ein auszugleichender Fehlbedarf resultiere und übergibt dem leitenden Planer das Wort für ergänzende Erläuterungen. Der **leitende Planer** benennt die für die vergleichsweise erhöhte Umlage wie folgt: Einerseits bestehe eine Unterdeckung des Kostenbedarfs seitens des Landes, weiter ergäben sich Bedarfe aus der erläuterten Personalsituation und zudem ergebe sich aufgrund der vergleichbaren Regionsgröße bei geringerer Einwohnerzahl und gleichem Verwaltungsaufwand ein entsprechender Fehlbedarf.

Der dritte, wesentliche Aspekt der Rechnungsprüfung betrifft den Bereich Personal. Hierzu wurde seitens des Rechnungshofes angeregt, aufgrund der nicht absehbaren Wiederbesetzung der genannten Stelle auf einen "kw" Vermerk bei der Stadtverwaltung Kaiserslautern hinzuwirken. Entsprechend wurde die Stadtverwaltung Kaiserslautern angeschrieben. Herr **OB Dr. Weichel** führt hierzu weiter aus, dass der "kw" Vermerk im Zuge des Doppelhaushalts 2022/23 der Stadt Kaiserslautern umgesetzt werde.

### **TOP 3        Berichte der Vorsitzenden der Ausschüsse I und II aus den Teilräumen**

#### **TOP 3.1      Berichte der Vorsitzenden der Ausschüsse I und II zu Vorüberlegungen für die Arbeit der jeweiligen Ausschüsse (thematische Schwerpunkte)**

Nach kurzer Einführung übergibt der **Vorsitzende** dem Vorsitzenden des Ausschusses I, Herrn **LR Guth** das Wort. Dieser spricht sich zunächst dafür aus, die in der kommenden Woche anstehende Sitzung des Ausschusses I (Raumordnung) ebenfalls im "Hybrid-Format" durchzuführen. Dieses wird einvernehmlich so beschlossen. Hinsichtlich der anstehenden Themen wird auf die Sitzung des Ausschusses I am 28.04.2021 verwiesen, welcher nicht vorgegriffen werden soll.

Herr **OB Dr. Weichel**, Vorsitzender Ausschusses II (Regionalentwicklung) skizziert zunächst vier wesentliche Arbeitsschwerpunkte:

- interkommunale Zusammenarbeit
- künftige Planungsthemen
- Zentrale Orte im Kontext der Gewerbeflächenentwicklung
- Positionierung zum Thema Wasserstoff, Mobilität und Windkraft

Im Hinblick auf die interkommunale Kooperation führt Herr **OB Dr. Weichel** stichpunktartig aus, dass es hierbei insbesondere um Kooperationsgebote in der regionalen Zusammenarbeit im Bereich Tourismus, um die Neudefinition der Energieversorgung in der Westpfalz aufgrund steigender regulatorischer Anforderungen, die wiederum eine gemeinsame strategische Ausrichtung erfordern, um das Thema Sparkassen sowie um das Themenfeld Nahverkehr sowie um eine Zusammenarbeit in der Umsetzung des Ökokontos geht.

Hinsichtlich künftiger Planungsthemen spricht Herr **OB Dr. Weichel** auch das Themenfeld Einzelhandel an und hinterfragt die aktuellen Maßstäbe und Vorgehensweisen hinsichtlich einer zeitgemäßen Stärkung der Innenbereiche.

Rückfragen zu den Ausführungen der Vorsitzenden der Ausschüsse I und II erfolgen keine.

#### **TOP 3.2      Berichte zum Stand der Gewerbeflächenpotenzialstudien im Norden (H. LR Rubly) und im Süden der Region (Fr. LR`in Dr. Ganster)**

Studie Nord:

Zur Studie Nord führt Herr **LR Rubly** aus, dass das Planungsbüro Kernplan / St. Ingbert den Zuschlag für die Planung erhalten habe und die VG Kusel und Kirchheimbolanden bereits auf gegebene Potentiale untersucht wurden. Eine erste Rückkopplung hinsichtlich potentiell geeigneter gewerblicher Flächen sei bereits erfolgt, sodass momentan die entsprechenden Restriktionspapiere erstellt werden. Hierbei sollen insbesondere auch mögliche Flächenpotentiale für Freiflächenphotovoltaikanlagen geprüft werden, um die Errichtung - soweit möglich - zu regulieren. Die Ergebnisse sollen Ende Mai vorliegen und das finale Konzept im Herbst 2021 fertiggestellt sein.

Die Anmerkung von Herrn **Bgm. Lothschütz**, dass in seiner Verbandsgemeinde die Nähe zum Saarland, zur Autobahn und zu ausgedehnten Landschaftsschutzgebieten teilweise Schwierigkeiten bei der Ausweisung neuer Gewerbeflächen mache, ergänzt Herr **LR Rubly** insoweit, dass diese Aspekte im Konzept geprüft und berücksichtigt würden. Zudem könnten - entgegen dem Stand im Herbst 2020 - die militärischen Flächen in Kusel nun doch berücksichtigt werden.

Studie Süd:

Frau **LR`in Dr. Ganster** führt zum Stand der Gewerbeflächenstudie "Süd" aus, dass diese als gemeinsame Konzeption der kreisfreien Städte Pirmasens und Zweibrücken sowie dem Landkreis Südwestpfalz erstellt werde. Im Mittelpunkt stehe die Analyse von neuen Potentialflächen für Gewerbe- und Industrieflächen. Wesentliches Augenmerk werde hierbei auch auf die Reak-

tivierung von Brachflächen und Gebäude sowie auf die Entwicklung bestehender Gebiete gelegt. Mit der Studie sei das Büro Cima beauftragt. Die Studie sei zeitlich gesehen im Rückstand, aufgrund der coronabedingt erschwerten Unternehmensbefragung, welche unbedingt in die Studie einfließen solle. Aktuell stehe noch die Abstimmung mit den VG-Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern an, um die jeweils besonderen Belange berücksichtigen zu können. Eine Zwischenpräsentation ist für Sommer 2021, die Abschlusspräsentation für Herbst 2021 projektiert. Rückfragen zu den beiden Sachstandsberichten erfolgen nicht.

## **TOP 4      Erörterung aktueller regionalplanerisch relevanter Themen in der Region**

Themenfeld Infrastruktur:

Der **Vorsitzende** bittet den **Herrn Dr. Clev** um eine Kurzdarstellung zum Thema Infrastruktur. Dieser erläutert zunächst folgende Kernpunkte hierzu wie folgt:

- Zum 4-spurigen Ausbau der B10 erfolgte eine Stellungnahme der PGW. Hierin wird an der Notwendigkeit des Ausbaus festgehalten.
- Reaktivierung Bahnstrecke Homburg-Zweibrücken
- Reaktivierung Zellertalbahn
- Hinsichtlich der Pendleradroute Landstuhl – Kaiserslautern sind zwischenzeitlich die Finanzierungsvereinbarungen unterzeichnet. Die Zuschlagserteilung an ein geeignetes Büro erfolgt zeitnahe.

Herr **LR Guth** teilt zum Stand der Reaktivierung der Zellertalbahn mit, dass die erste Vergabe zum Oberbau mit einem Auftragsvolumen von 1,2 Mio. € kürzlich erfolgte und erfreulicherweise der Kostenrahmen für die berechnete Vergabesumme eingehalten werden konnte.

Themenfeld erneuerbare Energien - Windkraft:

Der **Vorsitzende** verweist inhaltlich auf den Entwurf einer **Resolution zur möglichen Öffnung des grenzüberschreitenden Biosphärenreservates Pfälzerwald – Nordvogesen gegen die Errichtung von Windkraftanlagen**, welcher den Mitgliedern des Vorstandes vorliegt und diesem Protokoll als **Anlage** beigefügt ist. Demnach will die PGW daran festhalten, die Windkraft im Biosphärenreservat Pfälzerwald abzulehnen. Eine Kompensation der vorgegebenen Ausbauziele, ohne den Wald zu opfern, ergibt sich insbesondere durch die Ausnutzung im Planwerk noch bestehender Potentiale, welche sich insbesondere aus bestehenden Flächen und Möglichkeiten des Repowering herleiten.

Zum Entwurf der Resolution merkt zunächst **Herr Schaum / IHK** an, dass er mit der Resolution einverstanden ist, regt jedoch eine Stärkung der Aussagekraft des Satzes "(...) *Bäume zu fällen, um das Klima zu retten, (...)*" an. Eines der Hauptprobleme stellten die breiten Schneisen um die Rotorblätter dar. Herr Schaum schlägt daher sinngemäß folgende Ergänzung der Resolution vor: "*Breite Schneisen in den Wald zu schlagen, um den Transport von Windrädern zu ermöglichen, (...)*".

Herr **Bgm. Cullmann** regt in Anlehnung an den Beschluss des Bezirkstages einen Verweis auf die aktualisierte Position des MAB-Komitees der UNESCO an. Der Vorsitzende sagt eine entsprechende Prüfung zu.

Herr **LR Guth** bittet darum, das durch die UNESCO vertretene Themenfeld in der Resolution noch stärker herauszustellen.

Herr **OB Dr. Weichel** findet die derzeitige Diskussion um die CO<sub>2</sub> Substitution schlichtweg grotesk und unterstreicht dies mit den Fragen "Baumfällung legitim für Windräder?", "Können Windenergieanlagen Sauerstoff produzieren?"

Herr **Bgm. Jakob** erachtet die Positionierung der PGW für richtig, auch aufgrund der weiteren

Verschlechterung des Zustandes des Waldes seit der letzten Resolution zu diesem Thema. Eine Gegenrechnung der CO<sub>2</sub> Bilanz von Windenergieanlagen gegenüber Bäumen ist auch seiner Auffassung nach grotesk, da Bäume sind schlichtweg mehr als CO<sub>2</sub> Speicher oder O<sub>2</sub> Produzenten seien. Es dürfe bei dieser Diskussion nicht verkannt werden, dass Bäume auch einen wesentlichen Beitrag zum Biotopschutz und zum Landschaftsbild leisteten. Er führt weiter aus, dass kein Tor zur Öffnung des Pfälzerwald für Windenergieanlagen geöffnet werden dürfe.

Der **Vorsitzende** sieht ebenfalls keinen Raum für Zugeständnisse für Windenergieanlagen im Pfälzerwald und empfiehlt eine entsprechend der Diskussion ergänzte Resolution an die Presse weiterzugeben.

Frau **LR'in Dr. Ganster** bittet darum, in der Überschrift das Wort "Resolution **zur** möglichen Öffnung (...)" um die Worte "Resolution **gegen eine** möglichen Öffnung (...)" zu ersetzen.

Weiterhin bittet Herr **LR Rubly** im letzten Satz der Resolution das Wort "Wald" um "Pfälzerwald" zu ersetzen.

Weiterhin merkt Herr **OB Dr. Weichel** an, dass absehbar auch eine Diskussion um die Begrifflichkeit "vorbelastete Flächen" drohe. Am Beispiel des Areals "Langer Kopf" verdeutlicht der Oberbürgermeister, dass solche ehemals militärisch genutzten Flächen aufgrund des langen Nutzungsentzugs zwischenzeitlich biologisch wertvoll seien. Frau **LR'in Dr. Ganster** entgegnet hierzu, dass auch aus ihrer Sicht keine Windenergieanlagen im Bereich "Langer Kopf", jedoch auch keine weitere Biotopvernetzung gesehen wird, sondern eine Nutzung durch eine Freiflächenphotovoltaikanlage als Option im Raum stünde.

Der **Vorsitzende** stellt die entsprechend der Diskussion ergänzte Resolution zur Abstimmung. Der Regionalvorstand beschließt diese daraufhin **einstimmig, ohne Enthaltungen**.

Themenfeld erneuerbare Energien - Freiflächenphotovoltaikanlagen:

Der **leitende Planer** informiert zunächst über die Zunahme von Anfragen und Anträgen für Freiflächenphotovoltaikanlagen, welche sich längst nicht mehr nur auf die nach EEG geförderten Flächen fokussierten. Aufgrund der Vorranggebiete für die Landwirtschaft in der Region komme es hier regelmäßig zu einem Konflikt mit Zielen der Regionalplanung, woraus wiederum eine Zunahme von Anträgen auf Zielabweichung bzw. eine regelmäßige Ablehnung von Anträgen resultiere. Der **leitende Planer** stellt daher die Frage nach dem künftigen Umgang mit diesem Thema im Kontext der notwendigen Energiewende, wobei nach aktueller Sachlage davon auszugehen sei, dass die neu gewählte Landesregierung hierzu neue Vorgaben formulieren werde. Herr **Dr. Clev** teilt weiter mit, dass die Geschäftsstelle der Planungsgemeinschaft sich zu diesem Themenfeld bereits im Diskurs mit den anderen Planungsgemeinschaften befinde, da das Thema Freiflächenphotovoltaik bis auf die Südpfalz - insbesondere aufgrund der dort gegebenen überdurchschnittlich hohen Bodenbonitäten – in allen Regionen von wachsender Bedeutung sei.

Herr **LR Rubly** merkt an, dass hierzu eine Einigung dahingehend herbeigeführt werden solle, welcher Ausschuss der PGW dieses Thema federführend bearbeitet. Zudem informiert er, dass im regionsweiten Vergleich den Eigentümern regelmäßig nur unterdurchschnittliche Preise für die Flächen angeboten würden, wengleich die Renditen überall gleich seien. Weiter ergebe sich aus seiner Sicht im Zusammenhang mit den nicht verfügbaren bzw. mit Restriktionen belegten Freiflächen die problematische Situation, dass zunehmend gewerbliche Bauflächen hierfür genutzt würden und dann nicht mehr für eben diese Nachfrage zur Verfügung stünden.

Der **Vorsitzende** plädiert dafür, Rahmenbedingungen zur raumordnerischen Steuerung von Freiflächenphotovoltaikanlagen zu erarbeiten.

Der **leitende Planer** schlägt vor zu prüfen, ob kommunal getragene Institutionen in die Realisierung und den Betrieb solcher Anlagen einbezogen werden können, wodurch die Wertschöpfung verstärkt in der Region gebunden werden kann. Im Hinblick auf die Unterstützung der Eigentümer, in der Regel handele es sich um Landwirte, hinsichtlich angemessener Pacht- oder Verkaufspreise, könnte zudem die Energieagentur einbezogen werden. Weiter informiert Herr **Dr. Clev** über neue Techniken von Freiflächenphotovoltaikanlagen, die zunehmend in der Lage

seien, eine gleichzeitige Landbewirtschaftung und Energieerzeugung zu ermöglichen. Somit stelle sich zunehmend die Frage, warum Landwirtschaft und Photovoltaiknutzung – insbesondere auch im Hinblick auf die Vorranggebiete für die Landwirtschaft - inkompatibel sein sollen.

Herr **Bgm. Cullmann** plädiert ebenfalls für eine einheitliche Lösung und in diesem Zusammenhang für eine Synchronisierung zwischen den Kreisen hinsichtlich des Preisgefüges bei den Flächen. Als wichtiges Kriterium sieht er auch den einheitlichen Umgang mit eingehenden Anträgen innerhalb der PGW.

Herr **LR Guth** teilt mit, dass die Genehmigungen für solche Anlagen teilweise von der SGD kämen und er dies regelmäßig leider nur über die Presse erfahre. Er plädiert für eine raumordnerische Steuerung, um sicherzustellen, dass es zu keinem völlig unregulierten Verbau der Landschaft komme. Zunächst sollten seiner Ansicht nach die vielen bereits versiegelten Flächen wie Straßenrandbereiche und sonstige verdichtete Flächen bevorzugt werden.

Herr **Bgm. Westrich** informiert hierzu, dass seine Verwaltung bereits eine Straßenüberdeckung mit Photovoltaikmodulen kalkuliert hat. Er führt weiter aus, dass solche Projekte aus technischer Sicht durchaus machbar seien, wobei diese aktuell aus wirtschaftlicher Sicht nicht rentabel seien bzw. dementsprechende Förderprogramme fehlten.

Pandemiebekämpfung:

Herr **Dr. Clev** führt auf Bitte des Vorsitzenden dazu aus, dass die Corona Pandemie die Entwicklung von dezentralen Arbeitsplätzen beschleunige. Dies belegen laufende Pilotuntersuchungen zu wohnortnahen Angeboten, so genannten Coworking-Spaces. Über die nachweislichen Positiveffekte und Chancen für die Fläche, führe diese Entwicklung zu einer aktuell feststellbaren Stagnation der Nachfrage nach innerstädtischen Büroimmobilien. Herr **Bgm. Cullmann** ergänzt hierzu, dass es nach seiner Information hierfür bereits ein Förderprogramm gebe, welches über die Entwicklungsagentur koordiniert werde. Herrn **LR Rubly** sind hierzu drei Modellprojekte an drei Standorten bekannt.

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass zu TOP 5 keine weiteren Wortmeldungen vorliegen und leitet über zum nächsten Punkt der Tagesordnung.

## **TOP 5 Neues aus der Geschäftsstelle** (Zwischenstand Website, Personal, Räumlichkeiten)

Der **Vorsitzende** bittet den **Herrn Dr. Clev** um eine Kurzdarstellung zu den Themenfeldern „Website“, „Personal“ und „Räumlichkeiten“.

Website:

Der **leitende Planer** erläutert anhand einer Präsentation, welche dem Protokoll beigelegt ist, zunächst den aktuellen Zwischenstand der neuen Website für die PGW, indem er im Rahmen erste Screenshots der neuen Website aufzeigt. Hieraus werde deutlich, dass sich die künftige Website der PGW – in Abgrenzung zur ZRW - auf wesentliche regions- und planungsspezifische Inhalte konzentrieren und die ggf. bestehende Beschlusslage zu den Inhalten berücksichtigen werde.

Das Grunddesign umfasse drei Säulen, in denen die Region, die Institution und die Hauptaufgabe (Regionalplanung) vorgestellt werden. Das neue Logo der PGW sei im vorgestellten Entwurf inzwischen ebenso integriert, wie die weiteren Aspekte der Beschlusslage aus der letzten Sitzung des Vorstandes. Dementsprechend sei die technische Vorhaltung eines internen Bereichs vorgesehen sowie Einführung eines elektronischen Sitzungsdienstes aus der Präsentation ersichtlich.

Hinsichtlich des Zeitplans teilt der **leitende Planer** mit, dass in der folgenden Sitzung des Vorstandes der komplette Entwurf der neuen Website präsentiert werden solle und eine erste Testversion dem Vorstand spätestens Ende des Jahres präsentiert werde.

Personal:

**Herr Dr. Clev** informiert den Regionalvorstand ebenfalls anhand der diesem Protokoll beige-fügten Präsentation über aktuelle Personalthemen. Die Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd hat Herrn Simon Frenger zum stellvertretenden leitenden Planer ernannt. Weiter teil Herr Dr. Clev mit, dass Frau Dr. Elke Ries ab 1.7.2021 in Mutterschutz, anschließend Elternzeit voraussichtlich bis ca. Mitte / Ende August 2022. (Kein Ersatz / keine Vertretung) gehen wird. Zudem hat Herr Stefan Germer seine Arbeitszeit seit dem 1.1.2021 zwecks Einsparung von Kosten um 20% reduziert. Weiterhin arbeitet die Geschäftsstelle der Planungsgemeinschaft aufgrund der andauernden Pandemie Situation in Teilpräsenz nach dem Kohortenprinzip (1/2 vor Ort, 1/2 in Telearbeit) in Übereinstimmung mit den Regelungen der SGD-Süd. Die Geschäftsstelle bleibe allerdings jederzeit erreichbar.

Räumlichkeiten der Geschäftsstelle:

Hierzu führt er aus, dass eine Verringerung der Mietfläche im Hauptbahnhof KL durch Verzicht auf den Besprechungsraum zwecks Teilkompensation der gestiegenen Mietnebenkosten seit 1.1.2021 vollzogen wurde.

Aufgrund der Corona-Pandemie mehre sich die Zahl der Videokonferenzen. Hierbei wird die in der Geschäftsstelle verfügbare, unzureichende Internet-Bandbreite deutlich, die zudem intern teilweise nur über WLAN verfügbar ist. Vor diesem Hintergrund erfolgten auf Initiative der Geschäftsstelle aktuell Gespräche mit Anbietern, Mitmietern und dem Eigentümer (Deutsche Bahn) mit dem Ziel der Verbesserung der Bandbreite der Netzanbindung in der Geschäftsstelle. Die Zielsetzung bestehe darin, möglichst einen Glasfaseranschluss für die Geschäftsstelle zu realisieren (FTTB).

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass zu TOP 5 keine Wortmeldungen vorliegen und leitet über zum nächsten Punkt der Tagesordnung.

## **TOP 6            Verschiedenes, Terminhinweise**

Der **Vorsitzende** teilt zunächst mit, dass die nächste Sitzung des Vorstandes auf den 15.09.2021 terminiert wurde. Die Regionalvertretung tagt am 24.11.2021.

**Herr Dr. Clev** ergänzt, dass man sich auf einen vierteljährlichen Sitzungsturnus der Ausschüsse geeinigt habe. Zur Bearbeitung konkreter Fachthemen können auch die Fachleute aus den Verwaltungen in Arbeitsgruppen zusammengeführt werden.

Auf Nachfrage von Herrn **Bgm. Cullmann**, wann die nächste Ausschusssitzung stattfindet teilt Herr **Dr. Clev** mit, dass der Ausschuss II am 15.07.2021 wieder tage.

Sonstige Wortmeldungen zum TOP "Verschiedenes" gibt es nicht; der **Vorsitzende** schließt daraufhin die Sitzung.

gez. LR Ralf Leßmeister

gez. Simon Frenger

LR Ralf Leßmeister  
Vorsitzender

Simon Frenger  
Protokollführung  
PGW-Geschäftsstelle